

Im Porzellanladen der Geschichte

Ukraine-Krise: „Sie reden wieder“ und „Union: Waffen an Kiew liefern“, FR-Politik vom 27. und 17. Januar

5000 Militärhelme für ein bisschen Krieg

Sie reden wieder, und das ist auch gut so. Nur, Frau Lambrecht, was haben die 5000 Militärhelme zu bedeuten, deren Lieferung Sie für die Ukraine ankündigen? Sind die im Einsatz gegen Regenwetter oder für den Kriegsfall gedacht? Welch haarsträubendes Zeichen, während andernorts gesprochen und um gegenseitiges Verständnis gerungen wird.

Ich kann weder die russische Kriegssprache noch die der Nato nachvollziehen. Erstrebenswert wäre, wenn für Deutschland weiterhin die Sprache der Gewaltvermeidung gesprochen würde, ohne mit Kriegshelmen beim Schüren derselben Unterstützung zu leisten. Wir liefern kein Kriegsmaterial, dann aber auch bitte auf ganzer Linie und nicht 5000 Militärhelme für „ein bisschen“ Krieg!

Hanne Strack, Rüsselsheim

Deutschland sollte Solidarität zeigen

Russland und die Partei „Einiges Russland“ handeln, wie sie wollen – im Osten der Ukraine, an der Grenze zum Donezk-Becken. Russland kann das, denn die Nato steht vor demselben Problem wie schon 2003. Vor dem Irakkrieg teilte sie sich in willige und unwillige Staaten. Polen zählte zu den willigen Staaten, Frankreich war unwillig sowie Deutschland und die Türkei. Recep Tayyip Erdoğan war gerade als Premierminister der Türkei an die Macht gekommen. Er folgte dem Beispiel von Gerhard Schröder und Jacques Chirac.

Das ist Geschichte, aber in der Türkei ist Erdoğan inzwischen Präsident. Die Befugnisse des türkischen Präsidenten sind vergleichbar mit denen von Wladimir Putin. Es ist auch kein gro-

ßer Unterschied zwischen den Parteien „Einiges Russland“ und der türkischen „Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung“.

Die Türkei ist ein Nato-Vollmitglied. Nachdem aber die Verhältnisse in der Türkei immer mehr den russischen Verhältnissen unter Wladimir Putin ähneln, kann davon ausgegangen werden, dass die Türkei zum Ukraine-Konflikt nicht willig ist. Ebenfalls wie die neue deutsche Bundesregierung, – außer heißer Luft – der Ukraine keine Hilfe leistet. Im Normalfall würde man von unterlassener Hilfeleistung reden. Deutschland sollte Solidarität zeigen und fünftausend Mann der Bundeswehr nach Polen in Grenznähe schicken.

Stefan Vollmershausen, Dreieich

Immerhin gibt es jetzt die Normandie-Gespräche

Nur weiter so auf dem Weg zur „Self-fulfilling-Prophesy“. Dann knallt's nämlich wirklich! Nato und Russland, hochaufergüstet, schaukeln einander hoch in den Alarmzustand. Gottseidank finden immerhin die „Normandie-Gespräche“ statt. Eine Chance, die Scheuklappen wieder aufzumachen und das Gesichtsfeld zu erweitern.

Es ist alles historisch kompliziert, aber wenn man Staaten individual-psychologisch betrachtet, dann ist das Bedürfnis der Ukraine oder der baltischen Staaten nach sicherem Schutz vor Russland mehr als verständlich, obwohl oder gerade weil sie auch russische Bevölkerungsanteile haben. Gespaltene Persönlichkeiten also, da ist es mit der Unabhängigkeit und freien Bündniswahl schon schwierig, womit die Nato ja ihre unnachgiebige Position begründet.

Dass Russland zu Recht auch ein echtes Sicherheitsbedürfnis hat, wird zu wenig ins Kalkül

gezogen. Der Riese gibt sich stark, weil er Angst hat, denn er wurde oft kriegerisch überfallen. Und jetzt Angst auch vor Freiheitsbestrebungen, Machtverlust des Staatsapparates etc. – wäre im friedlichen Verlauf vielleicht lösbar gewesen. Gorbatschow hatte vorgelegt. Auch der jüngere Putin hatte ja mal solche Fühler ausgestreckt. Aber das Bollwerk Nato ist zu verkrustet. Im Namen der Demokratie und Freiheit? Lach mich tot. „Bestes“ Vorbild sind die USA, die ihre Interessen- und Sicherheitssphären sehr weit gesteckt haben und nie zögerten, sie durchzusetzen. Die Resultate sind bekannt aus dem Porzellanladen der Geschichte.

Merve Hölter, Frankfurt

Friedlich in den Waffenkammern

Ob deutsche Waffen geeignet sind, die russische Regierung von einem militärischen Abenteuer abzuhalten, sei mal dahingestellt. Jedenfalls ist Deutschland als ständiges Mitglied unter den Top Five der Exporteure konventioneller Waffen aktuell mit seiner verlogenen Scheinmoral in Sachen Waffenexporte konfrontiert. Es wird Zeit, dass sich unsere Politik ehrlich macht und die Gesetzeslage anpasst: Entweder keine Waffenexporte oder das offene Bekenntnis, dass deutsche Waffen natürlich auch dort einzusetzen sind, wo sie gebraucht werden – in militärischen Auseinandersetzungen. Dass all die Waffen, die im Lauf der Jahrzehnte aus Deutschland ausgeführt wurden, friedlich in den Waffenkammern dieser Welt ihrer Verschrottung entgegen-dämmern, kann kein ernstzunehmender Mensch wirklich glauben.

Hans Möller, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/heusgen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220131

Die zentrale Schwäche

Bürgerräte: „2022 als Jahr einer Re-Demokratisierung“, FR-Feuilleton v 26.1.

Da erwartet die Professorin Mitscherlich-Schönherr ja unglaubliche Höchstleistungen von den Mitgliedern der „Bürgerräte“, die eigentlich nur ein Spiegelbild der normalen Bevölkerung sein sollen. Mit ihrem gesunden Menschenverstand sollen sie der Verwissenschaftlichung der Politik entgegenwirken können. Da sie das natürlich nicht können, brauchen sie Hilfe zu ihrer Information und zum Verständnis. Und da liegt der zentrale Schwachpunkt der ganzen Methode „Bürgerrat“. Diese Hilfe bilden alleine die von den Initiatoren nach ihren Interessen aus-gesuchten Experten.

Ein „ausgewogen und pluralistisch besetzter Beirat“ ist bei Bürgerräten leider nicht vorge-sehen. Ein solches kompetent besetztes Gremium müsste aber der zentrale Mittelpunkt einer angemessenen politischen Diskussion zur Beratung des Bundestages sein, der zu entscheiden hat.

Der ganze Hype um die Methode „Bürgerrat“ mit leicht beeinflussbaren Laien hat sich immer mehr als der üble Versuch entpuppt, dass die Initiatoren ihre eigenen egoistischen Interessen als vermeintliche Interessen der Gesamtgesellschaft ausgeben können. So wird Demokratie gezielt missbraucht für die Interessen von Lobbyisten.

Manfred Alberti, Wuppertal

Da geht mir mein demokratisches Herz auf

Was für ein wohltuender Text von Frau Mitscherlich-Schönherr! Da geht mir mein demokratisches Herz auf! Wenn das doch die „Strippenzieher“ bei der Impfwang-Debatte berücksichtigen könnten! Das wäre schön! Doch sind sie vermutlich schon viel zu tief im „Organisationsumpf“ verstrickt. Danke für den Beitrag!

Sabine Hütwohl, Bielefeld

Abschiebung wäre Beihilfe zum Mord

Kein Asyl für einen Tschetschenen und seine Mutter: „Nach Abschiebung droht der Tod“, FR-Politik vom 27. Januar

Der Entscheider des „Bundesamts für (?) Migration und Flüchtlinge“, der die Asylanträge des jungen Tschetschenen Achmed Serijew und seiner Mutter abgelehnt hat, ist offenkundig bereit, sich eines Verbrechens schuldig zu machen: der Beihilfe zum Mord. Gleiches gilt für die diese Rechtsverweigerung bestätigende Kammer des Verwaltungsgerichts Bayreuth. Ob es zu diesem Verbrechen kommt, hängt nur noch erstens von einem höchstrichterlichen Entscheid ab, zweitens vielleicht von hilfreichen Menschen, denen es – wie auch immer – gelingt, eine bestätigte Abschiebung zu verhindern, und von Ramsan Kadyrow selbst, der, geraten die beiden Geflohenen in seine Gewalt, kaum zögern wird, sie zu liquidieren. Da Kadyrow schon Achmed Serijews Bruder Magomed vernichten ließ, sind allein Achmeds Bemühungen, in Russland eine Strafverfolgung der Mörder zu erreichen, schon

Grund genug, auch Achmed umbringen zu lassen.

Sämtliche verfügbaren Indizien deuten auf eines hin: Es muss eine – selbstverständlich nicht veröffentlichte – Abmachung zwischen Putin und Kadyrow als Oberhaupt der Autonomen Republik Tschetschenien geben, die diesem vollkommene Freiheit in der Verfolgung seiner tatsächlichen oder mutmaßlichen Kritiker und Gegner einräumt, und zwar auch außerhalb des tschetschenischen Territoriums. Kadyrows Gegenleistung besteht im Verbleib Tschetscheniens in der Russischen Föderation und der Unterdrückung bzw. Auslöschung aller Gruppen, die auf eine Herauslösung Tschetscheniens aus Russland hinarbeiten – diese Gruppen sind ohnehin auch Kadyrows Feinde.

Putin blickt auf zwei Tsche-tschchenienkriege zurück und ist besonders angesichts des Ukraine-Konflikts und demokratischer Unruhen in Belarus und Ka-

sachstan an (Friedhofs-) Ruhe im kaukasischen Teil der russischen Südflanke interessiert. Über diverse islamistische Praktiken des tschetschenischen Schreckensherrschers sieht er großzügig hinweg. Schließlich arbeitet Putin auch im russischen Gesamtstaat auf die sukzessive Aushöhlung bis Abschaffung aller staatsbürgerlichen Rechte hin. Vor einem Monat ließ er seine juristischen Büttel die in der Ära Gorbatschow gegründete Bürgerrechtsorganisation „Memorial“ verbieten, die die Aufarbeitung der Terrorjahre Stalins mit dem Kampf gegen aktuelles staatliches Unrecht verband, sich über Jahre hinweg mit dem Treiben Kadyrows und seiner Mordkommandos beschäftigte und, wie Stefan Scholl in seinem FR-Bericht hervorhebt, auch die Liquidierung Magomed Serijews bestätigt hat. Hier gehen offenkundig Putins und Kadyrows Interessen nahtlos ineinander über.

Jürgen Kasiske, Hamburg

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert zieht mit Dominike Pauli, Co-Fraktionsvorsitzende der Linken im Römer, eine Zwischenbilanz der neuen Regierungskoalition im Frankfurter Römer, Anmeldung/Platzreservierung über Formular, Teilnahme per Video: club-voltaire.de/video
Donnerstag, 10. Februar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Pitt von Bebenburg spricht mit Reem Alabali-Radovan, der neuen Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, und moderiert anschließend eine Diskussion über die Migrations- und Integrationspolitik mit Bundestagsabgeordneten verschiedener Fraktionen. Im Rahmen der Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2022. Informationen und Anmeldung: interkulturellewoche.de/Tagung2022
Samstag, 12. Februar, 9.15 Uhr

Alter Hut in neuen Zügen

Zu: „Batteriezug mit Fahrgästen“, FR-Wirtschaft vom 25. Januar

Es mag ja sein, dass die Deutsche Bahn, als relativ junge Eisenbahngesellschaft gemessen an der Geschichte der Eisenbahn im deutschsprachigen Raum, „erst-mals einen Batteriezug mit Fahrgästen auf die Reise geschickt hat“. Wird jedoch im Internet unter „Akku-Triebwagen“ gesucht, dann wird angegeben, dass bereits 1907 in Preußen solche Züge eingesetzt worden sind.

Auch die Deutsche Bundesbahn hatte mehr als 400 solcher Züge im Betrieb. Ich selbst bin wiederholt mit einem solchen Zug auf der Strecke Gevelsberg-Nirgena – Hagen unterwegs gewesen; die Strecke ist allerdings seit längerem stillgelegt.
Paul R. Woods, Neumagen-Dhron